



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 11
10. Jahrgang

1. Juni 1942

Japans Armee
kämpft für den Grossbesitz

(ITF) Oberst Okado, der Leiter des Beschaffungsamts des japanischen Kriegsministeriums, hat die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Armee und Unternehmern und Bankiers bekanntgegeben. Er erklärte: In Mandschukuo und im besetzten China gründete Japan eine halbstaatliche Dachgesellschaft, die unter Bereitstellung reichlicher Geldmittel von japanischer Seite die Wirtschaft aufbaute. Für ein gleichartiges Verfahren im Südraum (d.h. Malaya, Indonesien, Burma, Philippinen) fehlt die Zeit, sodass die Armee beschlossen hat, Unternehmer heranzuziehen, die dank ihrer Erfahrung und Eignung die Gewähr erfolgreicher Arbeit im Gesamtinteresse bieten. Die Armee wird häufig gefragt, welche Gewinne sie diesen Unternehmern zubillige. Die Armee erkennt an, dass diese Unternehmer einen Anspruch auf ihren Leistungen entsprechende Gewinne haben. Die Armee stellt ihnen alles zur Verfügung, was in den besetzten Gebieten an industriellem Gerät erobert wurde. Diese Ausrüstung bilde für die Unternehmer einen gewaltigen Wertzuwachs.

Die Verteilung des Raubes, die Auswahl der für den "Südraum" Ostasiens zugelassenen Unternehmer ist den japanischen Unternehmerverbänden übertragen worden.

(Für die Red.: Bericht des Tokioter Korrespondenten der "Kölnischen Zeitung", in K.Z. 9.IV.42.)

Der Vampir

(ITF) Italiener und Japaner haben dargelegt, wie sie sich den Kampf "gegen" den Imperialismus vorstellen. Der italienische Minister Raffael Riccardi erklärte der Mailänder "Illustrazione" in einem Interview: "Es sei notwendig, dass alle im Bannkreis der Achse (Berlin-Rom) befindlichen Länder, ob frei (!) oder besetzt, unterschiedslos gemäss den eigenen besonderen Wirtschaftsfähigkeiten nach dem Prinzip der 'Gemeinschaftsrechnung' produzieren... Wer diese höchste kontinentale Zielsetzung (Europas) boykottieren wolle, müsse prompt zur Vernunft gebracht werden".

In Japan erscheint mit Erlaubnis der Zensur eine umfangreiche Literatur, die offen fordert, "die Südvölker (- d.h. die Bewohner der besetzten Gebiete Ostasiens -) müssten eine gewisse Einschränkung ihres bisherigen Lebensstandards und eine Lastenteilung mit japanischen Aufgaben auf sich nehmen" (berichtet Arvid Balk aus Tokio).

(Für die Red.: Riccardi nach "Deutsche Bergwerkszeitung", 6.III.; Tokio: nach "Münchener Neueste Nachrichten", 21.III.42.)

Für Deutschland muss
billig gearbeitet werden

(ITF) Belgische Arbeiter sollen für Deutschland billig arbeiten. Der Kriegsverwaltungsrat Beitzel vom deutschen Militärkommando in Brüssel teilt mit, dass deutsche Firmen, denen Preisforderungen belgischer Unternehmer zu hoch erscheinen, die Möglichkeit haben, "die deutschen Preisstellen zum Eingreifen zu veranlassen".

(Für die Red.: "Vierjahresplan", April 1942.)

Faschistische Kriegsgewinnler

(ITF) Mussolini hat (am 5.V.) in einer scharfen Erklärung die Behördenleiter gerügt, die ein Gesuch ihres Personals um Teuerungszulage befürwortet haben. Faschistische Arbeitersekretäre erklären den Arbeitern, dass es "unpatriotisch" sei, Teuerungszulagen zu verlangen, die

Arbeiter dürften keine "Kriegsgewinnler" sein. Gleichzeitig aber hat die faschistische Regierung den wirklichen Kriegsgewinnlern einen Teil ihrer ausgesprochenen Kriegsgewinne garantiert. 40% der über den Gewinnen des Steuerjahres 1938/9 liegenden "Kriegsübergewinne" sind in Italien steuerfrei. Aber den Unternehmern wurde wiederholt mit Steuererhöhung gedroht. Diese Gefahr haben die Kriegsgewinnler jetzt abgewendet. Unter dem Vorsitz Mussolinis beschloss der italienische Ministerrat (am 2.V.), dass die Kriegsgewinnsteuer nicht erhöht wird, dass die freien Kriegsübergewinne nur in der Regel in besonderen Staatstiteln angelegt werden müssen, die mit 3% verzinst werden. Die faschistische Regierung verspricht den Unternehmern nicht nur, diesen Betrag nach Kriegsende freizugeben, sondern stellt noch Subventionen zur Erneuerung des Maschinenparks und der Rohstoffvorräte in Aussicht.

Es handelt sich bei diesen steuerfreien Kriegsübergewinnen um "Milliardenbeträge", erklärt die italienische Wirtschaftspresse.

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus", 18.V.42.)

"Nicht auf den Frieden schießen!" (ITF) Göring hat (am 13.IV.) angeordnet: "Da in vielen Fällen immer noch Betriebe, die in die Kriegswirtschaft eingeschaltet sind, Friedensplanungen und -entwicklungen, die Friedenszwecken dienen, durchführen., verbiete ich den Betriebsführern aller für die Kriegswirtschaft tätigen Betriebe die Weiterführung von Friedensplanungen und -entwicklungen. Sämtliche derartige laufende Arbeiten sind unverzüglich einzustellen".

"Nicht auf den Frieden schießen!", überschreibt die grossindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Kommentar zu dieser Verordnung: "die unmittelbare Gegenwartsaufgabe ist so gross, dass um ihretwillen die Zukunft jetzt vernachlässigt werden muss".

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 10.V.42.)

An Kriegslieferungen
wird in Deutschland verdient

(ITF) Kriegslieferungen sind in Deutschland ein so gutes Geschäft, dass die Hauptfirmen den Unterlieferanten hohe Preise zu billigen können. Bei Stichproben hat der Preiskommissar festgestellt, "dass sich gerade auf dem Gebiet der Unterlieferungen besonders hohe Uebergewinne ergeben haben", die "nicht selten auf ein überhöhtes Preisangebot des Hauptlieferers zurückgehen".

(Für die Red.: Deutsches Nachrichtenbüro, 2.V.42.)

240.000 Offentuberkulöse
in deutschen Betrieben

(ITF) Anfang 1941 hat Hitlers Arbeitsminister die deutschen Arbeitsämter angewiesen, auch "hustende Offentuberkulöse" in Arbeit zu vermitteln. Die Arbeitsämter haben sich nicht nur an diese Anweisung gehalten, sondern sogar Offentuberkulöse zu Zwangsarbeit dienstverpflichtet. Jetzt berichtet das "Deutsche Tuberkuloseblatt" (in seinem Aprilheft) über die Folgen: "Wir haben heute ein Uebermass an Arbeit und Arbeitsplätzen, der Arbeitgeber ist froh, eine Arbeitskraft zu finden und einstellen zu können und fragt dabei oft überhaupt nicht mehr nach dem Gesundheitszustand. So finden wir eine grosse Zahl der wiederhergestellten oder auch der chronisch-stationären Lungenkranken in schwerer, körperlich anstrengender Ueberstundenarbeit, in Nachtschicht in auswärtiger Dienstverpflichtung... Durchschnittlich finden wir heute 60% der... etwa 400.000... Offentuberkulösen und 80-90% der fakultativ Offenen in Arbeit, z.T. aber am ungeeigneten Arbeitsplatz".

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus", 1.IX.41.)

Krankenstand: 20 - 25%

(ITF) Ein als besonders zuverlässig bekannter neutraler Beobachter berichtet Ende April aus Deutschland: der durchschnittliche Arbeitsausfall durch Krankheit schwankte in Deutschland in den ersten Kriegsjahren nach amtlichen Angaben zwischen 3 - 5%. Aus verschiedenen Betrieben werden jetzt Ziffern von 20 - 25% genannt.

"Krankenurlaub" für Nazi-Grössen

(ITF) Arbeitermangel, Lebensmittelknappheit und Transportschwierigkeiten behindern Hitlers Kriegsmaschine. Verantwortliche verschwinden als Sündenböcke. Der Verantwortliche für die Zwangsrekrutierung, Staatssekretär Syrup, ging im Januar in Krankenurlaub. Sein Nachfolger, Mansfeld, blieb zwar gesund, wurde aber durch den robusten Nazi-Gauleiter Sauckel ersetzt. Der Preiskommissar Wagner verschwand im Dezember ohne ärztliches Attest. Der Landwirtschaftsminister Darré aber trat Mitte Mai einen Krankenurlaub an und am 27. Mai nahm auch Staatssekretär Kleinmann, der Verantwortliche für die deutschen Eisenbahnen, "Krankenurlaub" - Kleinmanns Nachfolger ist ein 37jähriger Dr. Ganzenmüller. Als Teilnehmer am Hitlerputsch 1923 trägt er den Nazi-"Blutorden".

"Nervöse Gereiztheit"
in Deutschland

(ITF) Dem "Schwarzen Korps", dem Wochenblatt der Gestapoleitung, gefallen die in Deutschland üblichen Gespräche nicht. "Unterernährung ist wieder modern", schreibt es. Die Vitamingespräche führten zu einer "Vitamin-Präparatehamsterei". Die "Luftschutzkellerkrankheit" grassiere, "ihre Symptome sind allenthalben, dass man vor Aufregung beim Erschallen der Sirene die Pantoffeln nicht findet". Es herrsche in den Luftschutzkellern eine "nervöse Gereiztheit".

Diese "nervöse Gereiztheit" ist auch bei der Nazi-Führung immer häufiger festzustellen. Der Hamburger Nazi-Gauleiter Kaufmann ordnete (am 10.V.) eine grosse Demonstration der Nazi-Funktionäre an, auf der er erklärte: "Ich habe diesen Appell befohlen, weil ich Euch wieder einmal in die Augen sehen wollte, um mich zu überzeugen, dass Ihr die Alten seid und die Alten bleiben werdet". Er wandte sich beschwörend an die Vertrauensmänner der Nazipartei in den Betrieben, an die "Betriebsobmänner": "Keiner darf versagen, keiner darf weich werden".

(Für die Red.: "Schwarzes Korps", 7.V.; Hamburger Presse, 12.V.42.)

Zwei Konzerte

(ITF) In einem grossen Werk der deutschen Stadt X. wurde in der Werkshalle ein "Kraft durch Freude"-Konzert gegeben, der bekannte Dirigent Furtwängler dirigierte und die KDF-Leitung rief sich vergnügt die Hände. "Das hat die Stimmung gehoben".

In der Kantine aber gab es am selben Tag ein zweites Konzert; die Näpfe waren nur halb gefüllt und die Arbeiter musizierten zum Protest mit Blechlöffel und Blechnapf.

Jeder zweite Arbeiter
hat was im Magen liegen"

(ITF) Die Direktion der Heinkelwerke in Y. teilte mit, dass sie eine Spezialkantine für magenranke Arbeiter einrichten wolle. Die Direktion war sehr erstaunt, als sich fast die Hälfte der Belegschaft mit der Begründung meldete, sie hätten alle "was im Magen liegen".

Vorschusslorbeeren

(ITF) Redner der Deutschen Arbeitsfront haben sich häufig damit gebrüstet, dass ein sehr grosser Teil der deutschen Arbeiter in den Betrieben von Betriebsärzten versorgt werde und in der Mittagspause in Betriebskantinen essen könne. Mitteilungen des Gauobmanns der DAF Hamburg (auf der Sitzung der Hamburger Arbeitskammer am 6. Mai) zeigen, dass die Deutsche Arbeitsfront sich wieder einmal mit Vorschusslorbeeren schmückte. In Gross-Hamburger Betrieben arbeiten 620.000 deutsche und ausländische Arbeiter, darunter 140.000 Frauen; Kriegsgefangene und Juden sind in dieser Zahl nicht eingerechnet. Nur 110.000 Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch Betriebsärzte erfasst und nur 86.000 Arbeiter und Arbeiterinnen essen in den Kantinen der 394 Gross-Hamburger Werksküchen.

Die Konsumgenossenschaften
machen es doch viel besser"

(ITF) Bei der immer rascher zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung haben die Nazis sich mit den Kritikern auseinanderzusetzen, die die Teuerung mit auf die Ausschaltung der preisregulierenden Konsumgenossenschaften zurückführen. In Hamburg, der einstigen Hauptstadt der deutschen Konsumgenossenschaften, hat (am 8. V.) selbst der Nazi-Preiskommissar Fischböck dieser Kritik eine gewisse Berechtigung zugestehen müssen: "Es wird sehr häufig beanstandet, dass der Handel zu viel verdient, und darauf hingewiesen, wie ausserordentlich verteuernnd der Handel wirkt. Der Preiskommissar wird noch mehr als bisher dazu kommen, zu hohe Handelsspannen zu korrigieren. Eine grundsätzliche Lösung der Frage, die dem Volksempfinden entsprechen würde, ist aber nicht zu erwarten... Das Problem liegt in der Organisation des Verteilungsapparates selbst. Ob es möglich sein wird, Verteilungsformen zu finden, durch die der Verteilungsapparat wesentlich verbilligt werden kann, lässt sich noch nicht übersehen... Wenn die Organisation nicht geändert wird, dann wird immer wieder der Vorstoss von denen kommen, die behaupten, dass die Konsumgenossenschaften es doch viel besser machen".

Auch ein staatliches Handelsmonopol arbeite billiger als der private Handel. "Konkurrenz wird dann gefährlich, wenn sie in ihrem Ergebnis nicht kostenverbilligend, sondern kostenvertueurnd wirkt. Ein Beispiel dafür ist das frühere österreichische Tabakmonopol". Es habe eine Verteilerspanne von 10% bewilligt und die Bewilligung einer Vertretung galt als Begünstigung. In Deutschland betrug die Verdienstspanne 20-25%, "trotzdem mussten sich die Händler Mühe geben, dabei zu bestehen". / im Tabakhandel

Gewerkschaftsverfolgung
in Frankreich

(ITF) Immer mehr örtliche Gewerkschaftsführer befinden sich seit einiger Zeit unter den Geiseln, die die deutschen Militärbehörden im besetzten Frankreich erschossen lassen. Im unbesetzten Gebiet tobt sich der Hass vieler Beamter Vichys gegen die Gewerkschaften in zielbewussten Schikanen aus. "In der 2. Hälfte des Jahres 1940 erfasste gewisse Gemeindeverwaltungen eine richtige Raserei", schreibt "Au Travail", das Blatt der kleinen Gruppe Vichy-Gewerkschafter. "Sie warfen die Gewerkschaftsorganisationen aus den Gebäuden der Arbeitsbörsen heraus". Ein Rundschreiben Vichys habe den Präfekten zwar (Ende Dezember 1940) mitgeteilt, dass die Zusammenkünfte der Gewerkschaftsvorstände nicht behindert werden sollten. Doch diese örtlichen Beamten seien der Auffassung: "Gewerkschafter soll man einsperren, dann belästigen sie einen nicht"

Einige typische Beispiele verzeichnet das Blatt: in der savoyischen Stadt Annecy hat der von Vichy eingesetzte Bürgermeister den der Arbeitsbörse seit 41 Jahren gezahlten städtischen Zuschuss von 1800 Frs gestrichen, aber der Frontkämpferlegion Pétains 50.000 Frs Zuschuss bewilligt.

In der savoyischen Stadt Chambéry erklärte der Bürgermeister, dass die Charte die überberuflichen Orts- und Departementsausschüsse beseitigt. Er hat sie daher aus ihren Büros herausgeworfen, insgesamt 18 der 22 Räume der Gewerkschaftsorganisationen geschlossen und dafür dem "Anglerverein von Chambéry" Büroräume zugewiesen.

Und in der Residenz Pétains, "in Vichy, hat man trotz dringender Intervention unseres Freundes Béraud, Stadtrat und Sekretär des gewerkschaftlichen Ortsausschusses, noch immer nicht den grossen Versammlungsraum der Gewerkschaft wieder freigegeben".

(Für die Red.: "Au Travail", 18.IV.42.)

Pétains Frontkämpfer
gegen Gewerkschaften

(ITF) Der Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft von Nîmes berichtet: "Die Frontkämpferlegion (Vichys) genießt das besondere Vertrauen des Marschalls. Daher kommt es, dass gewisse eifrige Legionäre glaubten, eine Führerrolle spielen zu müssen, wie sie sich gestern die kommunistische Partei anmasste. In einigen Departements waren sie frech genug, den Arbeiterorganisationen Vorschriften machen zu wollen. Sie haben sich in die Angelegenheiten der Arbeitsbörsen gemischt und die Arbeit äusserst willkürlich unter den Funktionären neu verteilt; mit einem Wort, sie schufen ein Durcheinander, das noch immer nicht beseitigt ist.

Inzwischen haben die Landesleiter (der Legion) bestätigt, dass die Legion sich nicht in Gewerkschaftsfragen einmischen will. Das ist eine weise Entscheidung. Wir haben schon Gelegenheit gehabt, gegen Unternehmer, die der Legion angehören und die Gesetze der Regierung des Marschalls nicht respektieren, einzuschreiten und werden das jedesmal tun, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt".

(Für die Red.: "Au Travail" 18.IV.42.)

Eine deutsche "Arbeitsfront"
in Holland

(ITF) Die Niederländische Arbeitsfront (NAF) die durch Dekrete des deutschen Reichskommissars im Haag am 1. Mai gegründet wurde, ist völlig von den deutschen Besatzungsbehörden abhängig. "ICH errichte mit Eingang vom 1. Mai die NAF", beginnt das Dekret des Reichskommissars Hitlers. "Der Leiter der NAF wird von MIR eingesetzt und entlassen" (Par. 7). Der Vorsitzende der Finanzkommission, der einzigen im Dekret vorgesehenen Körperschaft der NAF, wird vom Reichskommissar ernannt und entlassen; bei Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Kommission hat der Vorsitzende ein Vorschlagsrecht. Der vom Reichskommissar eingesetzte Leiter der NAF darf die Statuten der Organisation ausarbeiten, doch diese bedürfen der Genehmigung durch den Reichskommissar.

Die NAF ist eine gelbe Organisation. Nach dem Muster der Deutschen Arbeitsfront sollen ihr Arbeiter und Unternehmer beitreten. Die Mitgliedschaft ist offiziell freiwillig. Aber alle bisherigen Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen wurden automatisch Mitglieder der Arbeitsfront und die NAF hat ein Monopol auf Auszahlung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Arbeitern, die bis zum 15. Juli 1940 einer Gewerkschaft angehörten, wird unter einer besonderen Generalamnestie Anrechnung ihrer früheren Beiträge auf die Unterstützungssätze versprochen, wenn sie bis zum 1. Juli 1942 der NAF beitreten.

Der NAF-Leiter, der holländische Nazi Woudenberg, teilte auf der Gründungsversammlung der NAF mit, dass eine grössere Anzahl Gewerkschaftssekretäre, die bisher ihre Arbeit fortgesetzt hatten, sich weigerten, den Weg zur Arbeitsfront mitzugehen und ausschieden. Er drohte ihnen und der Katholischen Gewerkschaftsopposition: "Wir werden uns/keinerlei Reaktion vom tiefstem Rot bis zum dunkelsten Schwarz behindern lassen". ("Het Volk, 2.V.42.)

Jetzt sollen Arbeiter mit Hilfe der Unternehmer in die gelbe NAF getrieben werden. Das Dekret des Nazi-Reichskommissars ermöglicht korporativen Beitritt zur NAF. Der gleichgeschaltete holländische Rundfunk teilte mit, dass eine Reihe Betriebe den kollektiven Beitritt des Unternehmers und der ganzen Belegschaft zur NAF bekanntgaben.

Belins Gewerkschafter in Schwierigkeiten

minister ernannt. Belin, der die Arbeiterpolitik Vichys seit dem Zusammenbruch Frankreichs verantwortlich leitete, wurde sang- und klanglos auf die Strasse gesetzt. Er musste jedoch noch seine Anhänger bitten, mit Lagardelle zusammenzuarbeiten. Auf einer Sitzung des "Nationalbüros der Freunde der Zeitschrift 'Au Travail'" setzte er den Anwesenden auseinander, "wer Lagardelle war und wie bedeutsam sein Werk für die soziale Bewegung war". Lagardelle, der seit Jahren als Schriftsteller im faschistischen Italien gelebt hat, war offensichtlich selbst den Vichy-Gewerkschaftern unbekannt. - Der Redakteur des Blattes, Bertin, antwortete Belin: er bedauerte seine Entlassung, aber er versprach seinem Nachfolger loyale Zusammenarbeit "in beruflichen und sozialen Fragen". Auf die politische Entwicklung ging er nicht ein.

Es scheint, dass Bertin schon seit einiger Zeit engeren Kontakt mit der mit den Nazis zusammenarbeitenden Gruppe der Pariser Gewerkschafter um Dumoulin hat. Er veröffentlichte in seiner Zeitschrift (Mitte März) einen Bericht über einen Besuch in Paris, in dem er die Dumoulin und Menard auffällig lobte und durchblicken liess, dass die aufrechten Gewerkschafter, die er in Paris traf, sich von ihm distanzieren.

Bertin ist politisch sehr wandlungsfähig. Er war einst Kommunist, wurde dann Kommunistengegner. Auf dem Sozialisten-Kongress in Nantes (1939) gehörte er bereits zur Belin-Fraktion und ging mit dieser 1940 in das Lager der "Défaitistes". Ob sein jüngstes politisches Schwanken für seine ganze Gruppe charakteristisch ist, ist noch nicht deutlich.

(Für die Red. "Au Travail", 2. Mai und 14. März.)

Sturmzeichen

Geheimorganisationen (ITF) Seit einigen Wochen berichten die von Deutschland kontrollierten Rundfunkstationen und Zeitungen über Massenprozesse gegen Geheimorganisationen, gegen die belgische "Weisse Brigade", gegen sozialistische und militärische Gruppen in Holland, gegen "Englandfahrer" in Norwegen, gegen luxemburgische Heimatbünde, gegen "Banden" in Polen, im Protektorat und in Frankreich und gegen "Marxisten" in Deutschland. Monatelang hatten sich die deutschen Stellen darauf beschränkt, die Hinrichtung oder Deportation einzelner als "Schleichhändler", "Kommunisten" oder "Spione" bezeichneter Oppositioneller bekanntzugeben. Das Totschweigen hat die Geheimorganisationen nicht gehemmt. Das Schweigen wurde aufgegeben und Mitteilungen über Todesurteile gegen Mitglieder von Geheimorganisationen jagen sich seitdem.

In Gent wurde (Anfang April) ein Massenprozess gegen die Sabotageorganisation der "Weissen Brigade" durchgeführt, die ihren Namen im Gegensatz zur "Schwarzen Brigade" der belgischen Faschisten wählte. 12 Männer und 2 Frauen standen vor Gericht. Der Ankläger warf ihnen Sprengstoffattentate auf Eisenbahnanlagen und Zugehörigkeit zu der gefürchteten Sabotageorganisation vor. 7 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt (berichtet der Brüsseler "Soir" am 10. April).

Einen Monat später standen in der gleichen Stadt 2 Belgier und 1 Italiener als Leiter einer vor allem gegen Eisenbahnanlagen arbeitenden Sabotagegruppe vor Gericht. 2 der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt.

Die Bevölkerung betrachtet die Saboteure als Nationalhelden. Als ein Lütticher Mitglied einer Geheimorganisation beim Fortschaffen einer Bombe umkam, erhielt er "eine Art Staatsbegräbnis" (berichtet wütend das faschistische "Pays Réel" am 30. April.)

Die Todesurteile haben die Sabotagegruppen nicht abgeschreckt.

Ganze Gruppen Belgier werden jetzt bei neuentdeckten Sabotageakten als Repressalie zur Zwangsarbeit ins besetzte russische Gebiet deportiert.

In Holland folgten den Massenerschiessungen Massenverhaftungen von Geiseln. Die auf Ehrenwort freigelassenen holländischen Berufsoffiziere wurden wieder in Kriegsgefangenenlager transportiert. Zur Erleichterung der Polizei wurden holländische Nazis als Hilfspolizei eingestellt.

Eine grosse Zahl Luxemburger sitzt wegen Verbreitung abgehörter Rundfunkberichte oder wegen Aufforderung zur Sabotage hinter Zuchthausmauern. Im Februar wurden 2, am 15. Mai ein weiterer Luxemburger, als Leiter von Widerstandsgruppen hingerichtet.

In Frankreich wurden -- allein nach in Pariser Zeitungen veröffentlichten Berichten -- zwischen dem 16. Dezember 1941 und dem 10. Mai 1942 146 Franzosen als Saboteure und 284 als Geiseln oder zur Repressalie nach Bombenattentaten auf Eisenbahnlinien usw. oder Anschlägen auf deutsche Soldaten erschossen. Die Hinrichtung weiterer 170 Franzosen im gleichen Zeitraum ist bekannt geworden; die Pariser Presse hat diese Hinrichtungen totgeschwiegen.

Aus Polen meldet die Deutsche Presse immer noch als Grund von Todesurteilen vor allem individuellen Widerstand: Arbeiter werden hingerichtet, die sich gegen Zwangsarbeit wehren, Juden, weil sie ohne Erlaubnis das Ghetto verlassen. Aber die Berichte über "Banden" -- Partisanen oder Sabotagegruppen -- und über Anschläge auf deutsche Militärzüge werden häufiger. Wenn jedermann davon weiss, hat Totschweigen keinen Sinn mehr.

In Norwegen versuchen die Behörden, die Organisation des geheimen Informationsdienstes und der "Englandfahrer" aufzuspüren. Da die Geislerschiesungen die Erbitterung nur steigerten, versuchen die Nazis jetzt, durch Androhen von Massnahmen gegen Familienmitglieder der Oppositionellen den Widerstand zu brechen. Quisling drohte Norwegern, die zur freien norwegischen Flotte oder Armee nach England fahren, mit Massnahmen gegen ihre in Norwegen zurückbleibenden Angehörigen. Wer "Staatsfeinde" oder ihre Familien unterstützt, kann jetzt mit Gefängnis bis zu 6 Jahren bestraft werden, wenn die Notleidenden nicht mit ihm verwandt sind.

In Deutschland ist seit vielen Monaten das Bestehen von Geheimorganisationen besonders systematisch totgeschwiegen worden. Es erregte daher einiges Aufsehen, als sich die Gestapo in Mannheim (Ende März) aus unbekanntem Grund veranlasst sah, "Verhaftungswellen" in diesem wichtigen Binnenhafen zu dementieren. Am 19. Mai aber teilte sie mit, dass 14 Mitglieder einer aus Marxisten und Kommunisten bestehenden Geheimorganisation wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbreitung illegaler Flugblätter zum Tode verurteilt worden waren; als "Marxisten" bezeichnen die Nazis Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Zum Tode verurteilt wurden: Käthe Seitz, Georg Lechleitner, Jakob Faulhaber, Rud. Langendorf, Ludw. Moldercyk, Anton Kurz, Eugen Siegrist, Ph. Bruener, Max Winterhalter, Alfred Seitz, Rob. Schmall, Rud. Maus, Joh. Kupka und Daniel Belzinger.

In Kladno wurden (am 30. April) tschechische Bergarbeiter beim Versuch, eine Förderanlage zu sprengen, ertappt. Es kam zu einer Schiesserei, zwei Polizisten wurden getötet. Die tschechische Presse teilte mit, dass die Bombenattentäter sich Widerstandsgruppen in den Wäldern anschlossen.

Am 26. April wurden auf einer Insel an der Westküste Norwegens zwei deutsche Gestapoführer erschossen. -- Am 26. Mai wurde der Präfekt der von Italien annektierten jugoslawischen Provinz Zara von kroatischen Partisanen getötet. -- Am 27. Mai meldete der Prager Rundfunk ein Attentat auf den Gestapohenker Heydrich, den Stellvertretenden Reichsprotektor in Prag.

Als Antwort auf die Schüsse gegen Heydrich hat die Gestapo in den ersten 6 Tagen 111 Tschechen hinrichten lassen.

Die Geiselschande

(ITF) Die Gestapo hat einen Teil ihrer besten SS-Truppen an die russische Front senden müssen; die mit noch ungeschulten Kräften aufgefüllten Verbände können des wachsenden Widerstands mit den üblichen Mitteln nicht Herr werden. Noch brutalere Massnahmen sollen die Opposition einschüchtern. Brutal wurde daher das Geiselsystem ausgebaut! Die Belgrader Quislingregierung drohte den in den jugoslawischen Bergen kämpfenden Soldaten der jugoslawischen Armee mit Massnahmen gegen ihre Angehörigen. In Lodz werden jetzt den Familien der Arbeiter, die einer Vorladung zum Arbeitsamt nicht Folge leisten, die Lebensmittelkarten entzogen. In Prag ging die Gestapo noch weiter: Wer die Attentäter versteckt oder ihnen hilft, oder sie kennt und die Behörden nicht informiert, "wird mit seiner ganzen Familie erschossen" (Prager Rundfunk, 27. Mai)! Am Tage darauf wurde die Erschiessung tschechischer Familien, Mann, Frau und erwachsene Kinder, bekanntgegeben. -- Doch der Terror hat Widerstandskräfte ausgelöst, die stärker sind als die Furcht vor dem Tode.

Ueberreizte Deutsche flüchten in Drogen, Alkohol und Morphinium

(ITF) In der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" warnt der Grazer Arzt, Prof. Hoff: "Der Schlafmittelmissbrauch bedeutet (in Deutschland) heute eine Volksgefahr, welcher dem chronischen Alkoholismus und Morphinismus an Zahl und Bedeutung kaum noch nachsteht und alle Schichten unseres Volkes erfasst." Der Nazi-Arzteführer, Dr. Conti, habe mit Recht gewarnt: "Der Schlafmittelverbrauch ist heute so gross, dass er nicht mehr erträglich ist".

(Für die Red. "Deutsche Medizinische Wochenschrift", 10. April 1942.)

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Im deutschen Betrieb:
Langsam arbeiten!

(ITF) Richard Crossman berichtete über den Londoner Rundfunk: Diese Woche hatte ich Gelegenheit, mich mit einem Belgier zu unterhalten, der bis vor kurzem in Deutschland gearbeitet

hat. Er erzählte mir, dass er und seine Landsleute in der deutschen Fabrik, in der sie zu arbeiten hatten, von den deutschen Kollegen mit finsternen Blicken empfangen wurden. Allerdings, einige der belgischen Arbeiter und noch mehr die Franzosen, die in dieser Fabrik arbeiteten, taten auch alles, um diese Behandlung zu verdienen. Weiter erzählte der belgische Arbeiter mir, dass die deutschen Arbeiterinnen in der Fabrik, in der er arbeitete, besonders scharf gegen die Ausländer waren. Eine Arbeiterin, die neben ihm beschäftigt war, sagte ihm, sobald er einigermaßen deutsch konnte: "Was wollt Ihr denn eigentlich hier? Ihr tut nichts als den Krieg zu verlängern".

Der Belgier erzählte ihre Worte seinen Landsleuten und sorgte dafür, dass sie ihr Arbeitstempo so niedrig hielten wie ihre deutschen Kollegen. Das Ergebnis war, dass der erste schlechte Eindruck, den die belgischen Arbeiter bei den deutschen gemacht hatten, bald verschwand, und dass eine wirkliche Solidarität entstand.

Ein deutscher Seemann fragt

(ITF) Der Londoner Rundfunk setzte sich mit der Frage eines kriegsgefangenen deut-

schen Seemanns auseinander, der wissen wollte, was nach diesem Krieg sein würde. Würde der internationale Handel Monopol der Engländer und Amerikaner werden, mit ihren riesigen Handelsflotten, die sie gerade jetzt bauen? Würden die Engländer Deutschland in Armut versinken lassen, ihm die Märkte in Uebersee abschneiden, würde also der kommende Friede die Wasserkante ruinieren? Worin sieht der englische Seemann eigentlich sein Kriegsziel?

Der englische Seemann, jene Männer, die die Geschütze der Kriegsschiffe bemannen, und die Tanker über den Atlantik bringen, haben sehr einfache Kriegsziele, sagte der Sprecher der B.B.C. Sie wollen ersten Befreiung vom Alpdruck der ständigen Kriegsgefahr. Sie wollen zweitens, dass Gesetz, Recht und Gerechtigkeit im internationalen und im nationalen Leben der Völker herrschen, also den Rechtsstaat. Und drittens wollen sie Sicherung des täglichen Brots für sich und ihre Familie.

Der Sprecher der B.B.C. erinnerte dann an die Erklärung der Atlantic Charter, die weitgehendste Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen allen Nationen fordert, mit dem Ziel, verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten und die allen Staaten, gross oder klein, Siegern oder Besiegten, zu gleichen Bedingungen Zugang zu den für sie wirtschaftlich notwendigen Rohstoffen der Welt sichern will. Er zitierte dann die Erklärung, die Lord Cranborne im britischen Oberhaus als Sprecher der englischen Regierung abgab: "Eines der Ziele, für das wir diesen Krieg führen, heisst Gerechtigkeit. Gerechtigkeit zuerst für die von Deutschland versklavten Völker. Gerechtigkeit für uns, Gerechtigkeit für Deutsche und harte, unbußsame Gerechtigkeit gegenüber jenen Deutschen, die sich der abscheulichen Verbrechen schuldig machten, deren Zeugen wir gewesen sind... Die Naziführer betrachten wir als Gangster, deren Wort man nicht trauen kann, deren Hände von unbeschreiblichen Verbrechen besudelt sind... Solange die Naziführer in Deutschland an der Macht sind, kann es in Europa weder Frieden noch Gerechtigkeit geben."

Die nach dem vorigen Krieg eingeschlagene Politik ist nicht die Politik, die die Atlantic Charter festgelegt hat. Die Politik nach dem vorigen Kriege führte, wenn auch nicht absichtlich, dazu, Deutschland wirtschaftlich und militärisch zu strafen. Völlig andere Auffassungen leiten die Atlantic Charter. Aus ihr spricht die feste Entschlossenheit zu verhindern, dass Deutschland oder irgendein anderer Angreiferstaat, wieder eine Stellung erringen kann, die es ihm ermöglicht, eine neue Weltkatastrophe heraufzubeschwören. Aber wirtschaftlich besteht keinerlei Absicht, Deutschland anders zu behandeln als andere Völker."

Wie und wann diese Grundsätze verwirklicht werden können, das hängt nicht zuletzt von der Haltung des deutschen Volkes ab, schloss der Sprecher der B.B.C. seine Antwort auf die Frage des kriegsgefangenen deutschen Seemanns.-(Für die Red.: Lord Cranborne's Erklärung: "Manchester Guardian", 22.V.42.)